

SV-Report zum 15. Juni 2022

Steuern und Sozialabgaben in Deutschland am zweithöchsten

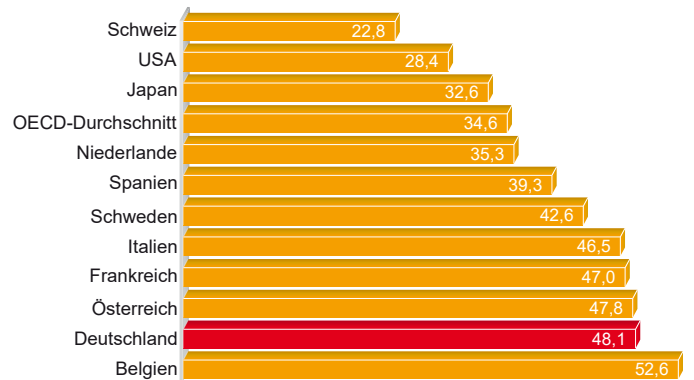
Steuer

Eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt, dass unter den Industrienationen in Deutschland die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben im vergangenen Jahr am zweithöchsten war. Ein alleinstehender Durchschnittsverdiener musste im Vorjahr 48,1 Prozent seines Gehalts in Form von Steuern und Sozialbeiträgen an den Fiskus leisten. Nur in Belgien zahlten Durchschnittsverdiener mit 52,6 Prozent noch mehr. Im Schnitt lag die Belastung unter allen OECD-Staaten bei 34,6 Prozent.

Auch Ehepaare mit zwei Kindern werden in Deutschland vergleichsweise stark belastet. Familien mit zwei Durchschnittseinkommen gaben hierzulande im Schnitt 43,5 Prozent ihres Einkommens ab, in der OECD im Schnitt 31,2 Prozent.

Die EU-Kommission machte auf die hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland aufmerksam und empfahl Deutschland eine umfassende Steuerreform. Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels solle diese vor allem Mittel- und Geringverdiener entlasten und Anreize für eine Erhöhung der Arbeitszeit schaffen.

Steuer- und Abgabenlast 2021 in ausgewählten OECD-Staaten in % *



Quelle: OECD 2022; * in % des Arbeitslohns. Arbeitnehmer/-in, alleinstehend, ohne Kind, Durchschnittseinkommen

Beispiel für die steuerlichen Entlastungen 2022

Steuer

Über 30 Milliarden Euro verteilt die Ampelkoalition in diesem Jahr an die Bürger durch die Entlastungen, die sie jetzt beschlossen hat. Von den Maßnahmen sind die Bürger unterschiedlich betroffen. Nicht immer sind es die Ärmsten, die am stärksten profitieren.

Durch das am 27. Mai 2022 verkündete Steuerentlastungsgesetz haben Steuerpflichtige weniger Einkommensteuer als im Vorjahr zu zahlen, weil der Grundfreibetrag auf 10.437 Euro angehoben wurde, 603 Euro höher als 2021.

Allein Arbeitnehmer, die bisher keine Werbungskosten von 1.000 Euro geltend machen konnten, profitieren voll von der Erhöhung der Werbungskosten-Pauschale auf 1.200 Euro (Arbeitnehmer-Pauschbetrag).

Von der erhöhten Pendlerpauschale ziehen Arbeitnehmer einen kleinen finanziellen Vorteil, die einen über 20 Kilometer weiten Weg zur Arbeit haben. Jeder Kilometer kann bis zum 20. Kilometer mit 0,30 €, ab dem 21. Kilometer mit 0,38 € statt mit 0,35 € als Werbungskosten abgesetzt werden.

Alle Erwerbstätigen, ausgenommen sind Rentnerinnen und Rentner, erhalten ab September 2022 eine einmalige einkommensteuerpflichtige Energiepreispauschale von 300 Euro. Für jedes Kind, für das ein Anspruch auf Kindergeld besteht, wird ein Einmalbetrag von 100 Euro im Juli mit dem Kindergeld ausgezahlt.

Umstritten ist die dreimonatige Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe, die bisher nicht zur erwarteten Senkung der Kraftstoffpreise führte.

Ein Beispiel zeigt die individuelle Entlastung im Jahr 2022 gegenüber 2021.

Beispiel: Arbeitnehmer, verheiratet, 2 Kinder, Jahresgehalt 50.000 €, Werbungskosten (WK): Weg zur Arbeit 40 km an 230 Tagen im Jahr

Jahr	2021	2022
zvE* vor Werbungskosten	40.443 €	40.057 €
zvE* nach Werbungskosten**	38.453 €	38.192 €
zvE* nach Energiepreispauschale		38.429 €
Bruttjahresgehalt	50.000,00 €	50.000,00 €
- Einkommensteuer	4.128,00 €	3.870,00 €
- Sozialabgaben	9.987,50 €	9.987,50 €
+ Kindergeld	5.256,00 €	5.256,00 €
+ Energiepreispauschale		300,00 €
+ Kinderbonus		200,00 €
Verfügbares Einkommen	41.140,50 €	41.898,50 €
Entlastung 2022		758,00 €

*zvE = zu versteuerndes Einkommen

**WK nur Pendlerpauschale 2021 1.990 €, 2022 1.980 € über Arbeitnehmer-Pauschbetrag

Beklagt wird, dass die Entlastung anlässlich der galoppierenden Inflation von derzeit rund 8 Prozent den hohen Preisanstieg bei weitem nicht wettmacht. Der Staat kann die wirtschaftlichen Folgen von Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine nicht komplett auffangen, sondern nur mildern, bedauern Finanzminister Christian Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Haushalt mit 138,9 Mrd. Euro Schulden

Haushalt

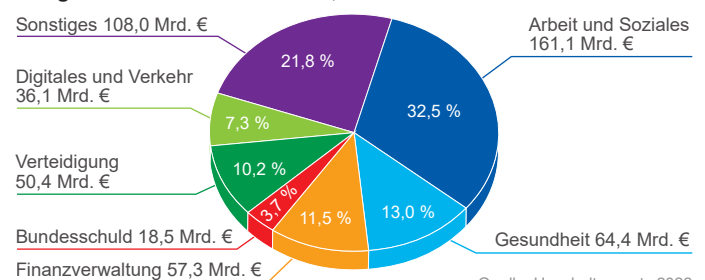
Die anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine sorgen dafür, dass die Ampelkoalition in diesem Jahr deutlich mehr Geld ausgibt als ursprünglich geplant. Der im März eingebrachte Regierungsentwurf wurde nun um einen Ergänzungshaushalt erweitert, der 2022 insgesamt Ausgaben in Höhe von 495,8 Mrd. Euro vorsieht, rund 38 Mrd. Euro mehr als zunächst geplant.

Da die Bundesregierung mit Einnahmen von 356,9 Mrd. Euro rechnet, kommt es zu einer Nettokreditaufnahme von 138,9 Mrd. Euro. Somit wird auch in diesem Jahr von der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse Gebrauch gemacht.

Trotz der krisenbedingten Belastungen sind Investitionen in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie Infrastruktur in Höhe von 51,5 Milliarden vorgesehen, um die deutsche Wirtschaft nachhaltiger, klimaneutraler und digitaler zu gestalten.

Zusätzlich zum Haushalt wurde auch ein Sondervermögen mit einer Kreditermächtigung in Höhe von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr gebilligt, um die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken.

Ausgaben des Bundes von 495,8 Mrd. Euro im Jahr 2022



Quelle: Haushaltsgesetz 2022

Impressum

Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH

Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de

Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.: 117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2022, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.